

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



## Mit dem Haushaltsausschuss vor Ort in Namibia

### Zusammenarbeit zur Friedenssicherung

Ende Januar habe ich eine Delegationsreise des Haushaltsausschusses nach Namibia geleitet. Dabei haben wir uns die Umsetzung des Ausstattungshilfeprogramms der Bundesregierung für ausländische Streitkräfte vor Ort angesehen. Worum es dabei genau geht, erfahrt ihr auf Seite 2.

In der namibischen Hauptstadt Windhuk haben wir uns mit dem deutschen Botschafter in Namibia, Christian-Matthias Schlaga, und dem Leiter der Bundeswehr-Beratergruppe, Oberstleutnant Lutz Beirich, ausgetauscht. Auch mit prominenten namibischen PolitikerInnen haben wir gesprochen. Außerdem haben wir eine Munitionsvernichtungsanlage und die dortigen Ausstattungshilfe-Projekte begutachtet.

Namibia war bis 1990 von Südafrika besetzt und gehört damit zu den jüngsten afrikanischen Staaten. Heute ist Namibia eine stabile Demokratie, die Ungleichheit und Armut sowie die Spätfolgen des Unabhängigkeitskrieges zu überwinden sucht. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung, weil Namibia bis zum Ersten Weltkrieg als Kolonie vom Deutschen Kaiserreich unterdrückt wurde. In den Jahren 1904-1908 begingen deutsche Truppen einen Völkermord an den Volksgruppen der Herero und Nama. Der Prozess der Aufarbeitung dauert bis heute an. Auch deswegen ist es unverzichtbar, dass wir eine enge Partnerschaft mit Namibia pflegen. Dazu können Delegationsreisen einen wichtigen Beitrag leisten.

Moin!

Sitzungswoche, Dienstreise nach Namibia, Sitzungswoche – im Januar ist die parlamentarische Taktzahl hoch. Dabei kommt noch eine neue Aufgabe dazu: Der Untersuchungsausschuss zu den Beraterverträgen im Bundesverteidigungsministerium, von dem in der letzten Ausgabe meines Newsletters berichtet habe, ist nun eingesetzt. Für die SPD werden meine Kollegin Siemtje Möller (Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven) und ich die Untersuchungen leiten. Wir werden die parlamentarischen Möglichkeiten umfassend nutzen, um alle offenen Fragen beantwortet zu bekommen. Das sind wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern schuldig.

Daneben berichte ich euch in dieser Ausgabe über das Ausstattungshilfeprogramm der Bundesregierung (AHP), um das es bei meinem Besuch in Namibia ging (S. 1 und 2). Geärgert habe ich mich über unseren Bundesverkehrsminister, der Fake News über Oldenburg verbreitet (S. 2). Und auf S. 4 beleuchte ich anlässlich 100 Jahren Frauenwahlrecht die Geschichte von Frauen im deutschen Parlament. Dabei wird deutlich: Für Fortschritt lohnt es sich zu kämpfen, doch wir sind noch nicht am Ziel.

Ever 10's

# Fake News vom Verkehrsminister zur Oldenburger Luft

## Die Zahlen zum Marathon

Gegen Fake News vom Verkehrsminister verahre ich mich gemeinsam mit der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, meiner Kollegin Kirsten Lühmann. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hatte in einer Talkshow behauptet, Stickstoffdioxid-Grenzwerte seien gerade während der Straßenspernung beim Oldenburg-Marathon am 21.10.2018 überschritten worden. Das ist mit Blick auf die Messdaten völlig unhaltbar.

Aus den Messdaten, die übrigens jedermann über die Homepage des Umweltbundesamtes einsehen kann,

geht klar hervor, dass die Stickstoffdioxid-Belastung während der Stunden der Sperrung deutlich unterhalb des Grenzwerts lag. Erst nach Aufhebung der Sperrung am späten Nachmittag steigen sie wieder an – genau das Ergebnis, das der gesunde Menschenverstand erwartet hätte. Statt auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben, verbreitet der Bundesverkehrsminister Unsinn und bringt Oldenburg und unsere Behörden in Misskredit. Seiner Aufgabe, für saubere Luft zu sorgen und Fahrverbote zu vermeiden, erweist Scheuer damit einen Bärendienst. „Es kann nicht sein, dass der Bundesverkehrsminister immer wie-

der auf falsche Daten zurückgreift“, meint auch Kirsten Lühmann dazu.

In der Talkshow „Maybrit Illner“ sagte Scheuer am 31.01.2019 wörtlich: „... weil die Messwerte teilweise so schräg sind. Weil, wenn ich in Oldenburg sehe, die Grenzwertüberschreitung war dann, als die Straße gesperrt wurde für einen Marathon, da war die Grenzwertüberschreitung. Wie gaga ist das denn? Also kann ich das doch mal praktisch hinterfragen.“ Tatsächlich lagen die Stickstoffdioxid-Werte während des Marathons leicht oberhalb von  $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$  und somit deutlich unter dem Grenzwert von  $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ .



Foto: Petra Bork / pixelio.de

## HINTER DEN KULISSEN

# Das Ausstattungshilfeprogramm

## Zusammenarbeit mit Namibia zur Friedenssicherung

Das Ausstattungshilfeprogramm der Bundesregierung für ausländische Streitkräfte (AH-P) besteht seit den sechziger Jahren. Es ist Teil der deutschen Maßnahmen zur Krisenprävention, Stabilisierung und Friedenssicherung. Namibia ist seit 1992 dabei.

Ziel ist es, die Fähigkeiten der namibischen Streitkräfte bei der Teilnahme an Friedenssicherungs-Missionen oder im Fall von Naturkatastrophen zu verbessern. Hierzu wird ein Zentrales Unterstützungselement für Friedensmissionen eingerichtet, zudem

eine zentrale Ausbildungseinrichtung für den Sanitätsdienst und ein mobiles Feldlazarett. Die deutsch-namibische Zusammenarbeit ist dabei sehr offen und konstruktiv – davon konnte ich mich beim Besuch der Osona Military Base in der Nähe von Okahandja selbst überzeugen.

Bislang sind hierfür Mittel in Höhe von rund 24 Millionen Euro bereitgestellt worden, für den Zeitraum 2017-2020 hat der Bundestag ein Finanzierungsvolumen von 6,86 Millionen Euro bewilligt.

In Namibia wird für das AH-P eine technische Beratergruppe der Bundeswehr eingesetzt, derzeit ein Stabsoffizier und bis zu sechs Feldwebel. Weil diese Soldaten keinen militärisch-taktischen Auftrag ausführen, muss der Deutsche Bundestag dem Einsatz nicht zustimmen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums.

Neben dem AH-P haben wir in Walvis Bay auch eine Munitionsvernichtungsanlage besichtigt und uns über diese wichtige Arbeit informiert.







05. Januar – Neujahrsempfang der SPD-Ortsvereine Apen und Augustfehn mit Bürgermeister Matthias Huber.



06. Januar – Beim Neujahrsempfang des Ortsbürgervereins Eversten habe ich die Festrede gehalten. Foto: Bürgerverein Eversten



12. Januar – Bei ihrer jährlichen Tannenbaumaktion habe ich die SPD Apen unterstützt (hier mit dem Vorsitzenden Harald Schmidt).



18. Januar – Beim Neujahrsempfang der Arbeitsgemeinschaft Ofenerdieker Vereine u.a. mit Ulf Prange MdL und Hanna Naber MdL. Foto: Eilert Freese

## Gegen den No-Deal-Brexit

### Bundestag regelt Maßnahmen für Übergangszeit

Nach der Ablehnung des Brexit-Abkommens im britischen Parlament droht ein unregelter Austritt Großbritanniens aus der EU mit unkalkulierbaren Folgen vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Am 29. März ist das Austrittsdatum.

Das Austrittsabkommen sieht vor, dass nach dem formalen Austritt eine Übergangsphase beginnt, in der Großbritannien bis Ende 2020 weiter wie ein Mitgliedstaat behandelt wird, aber in den Entscheidungsprozessen der EU keine Mitsprache mehr hat.

Der Bundestag hat nun ein Gesetz beschlossen, das für diesen Übergangszeitraum Rechtsklarheit schafft. Das so genannte Brexit-Übergangsgesetz sieht vor, wenn im Bundesrecht von den EU-Mitgliedstaaten die Rede ist, auch Großbritannien dazu zählt – sofern keine der im Austrittsabkommen genannten Ausnahmen greift. Zudem werden durch Anpassungen bei der doppelten Staatsbürgerschaft Härten für die Betroffenen vermieden, deren Lebensplanungen durch den Brexit sonst in Frage gestellt werden würden.

Aber: Das Gesetz entfaltet nur Wirksamkeit, sofern das Austrittsabkommen ratifiziert wird, auf EU-Seite durch Parlament und Ministerrat, auf britischer Seite durch das Unterhaus. Für den Fall, dass das Vereinigte Königreich das Abkommen ablehnt und es zu einem unregulierten Brexit kommt, hat die Bundesregierung jedoch weitere Gesetzentwürfe vorbereitet, um Deutschland vor den massiven Störungen so weit als möglich abzuschirmen. Diese Gesetzentwürfe werden nun in den Ausschüssen beraten.





Foto: Städtarchiv Weimar

# Vor 100 Jahren: Einführung des Frauenwahlrechts

## Wahlen zur Nationalversammlung 1919

Vor 100 Jahren zogen die ersten weiblichen Abgeordneten in das deutsche Parlament ein. Ein Triumph – dem ein jahrzehntelanger Kampf vorausging. Bis 1908 durften Frauen nicht Mitglied in Parteien sein, ja nicht einmal politische Versammlungen besuchen. Prominente Sozialdemokratinnen wie Rosa Luxemburg oder Marie Juchacz waren also offiziell gar keine Parteimitglieder. Erst nach einer Gesetzesänderung 1908 durften sie eintreten.

Die Novemberrevolution 1918/1919 erkämpfte die parlamentarische Demokratie in Deutschland. Durch ein am 12.11.1918 verabschiedetes Ge-

setz wurde das aktive und passive Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger ab 21 Jahren eingeführt.

82,3 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.01.2019 ihre Stimme ab, 8,7 Prozent der neuen Abgeordneten waren Frauen. Die Sozialdemokratin Marie Juchacz, frisch gewählt, hielt am 19.02.2019 als erste Frau eine Rede vor dem Parlament. Sie machte deutlich: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“

# Gleichstellung im Deutschen Bundestag heute

## Gleicher Anteil noch nicht erreicht

In den ersten Jahrzehnten des Deutschen Bundestages lag der Frauenanteil im Parlament nicht deutlich über den Werten der Weimarer Republik. Erst im Zuge der Erfolge der Frauenbewegung konnte 1987 die Marke von zehn Prozent Frauenanteil „geknackt“ werden: 15,4% der Abgeordneten waren Frauen.

Seit der Bundestagswahl 1998 stagniert der Frauenanteil leider bei etwas über 30%. Zuletzt ist er sogar gefallen: von 37,3% vor der Bundes-

tagswahl 2017 auf 30,7% danach. Schuld ist daran u.a. der Einzug der AfD, von deren Abgeordneten nur 10,8% Frauen sind. Übrigens: Die SPD-Bundestagsfraktion ist vorne mit dabei. 41,8% der Mandate, die wir 2017 errungen haben, wurden von Frauen angetreten.

Klar ist: Bis zur Gleichheit ist noch einiges zu tun. Wie wir hier Fortschritte erzielen können, darum geht es beim Marie-Juchacz-Preis der SPD-Bundestagsfraktion (s. Newsletter Nr. 61).

Wie hat der Deutsche Bundestag Ende des vorherigen Jahrhunderts gearbeitet? Welche Themen sind Dauerbrenner, was machen wir heute anders? Am **Dienstag, den 05. März** diskutiere ich mit unserem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Oberbürgermeister **Dietmar Schütz** über den Bundestag „damals und heute“. Die Podiumsdiskussion der SPD Oldenburg-Stadt in der Reihe „Oldenburger Abend“ wird von meiner Landtagskollegin **Hanna Naber** moderiert.

Dietmar Schütz war von 1987 bis 2001 stets direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Oldenburg und das Ammerland, ehe er 2001 zum Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg gewählt wurde. In dieser Zeit gestaltete er die Politik im Umweltausschuss und im Haushaltsausschuss mit. 1998 erlebte er den Wahlsieg der SPD und den Beginn des rot-grünen Projekts, kurz darauf den Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin.

Eine Einladung mit Ort, Uhrzeit und dem genauen Ablauf erhaltet ihr von der SPD Oldenburg. Ich freue mich auf spannende Diskussionen!

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

### Berliner Büro

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227 72 800  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg  
Telefon 0441 99 86 76 01  
E-Mail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

@ [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)  
f [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)  
t [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)